

# LinksBlick



Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

## Der 17. Juni 1953

### „Volksaufstand“ - „Revolution“ - Oder?

Historische Ereignisse unterliegen oft in ihrer Bewertung den subjektiven Auffassungen ihrer Betrachter. Je nach Bedarf werden bestimmte Aspekte über- bzw. unterbewertet, Fakten ausgeklammert oder hineininterpretiert.

So streiten sich nicht nur Historiker auch um den 17. Juni 1953 in der DDR. In DDR-Lehrbüchern finden wir u.a. den Begriff „Faschistischer Putsch“ für diese Geschehnisse. Auf welchen Ursachen basieren die Ereignisse wirklich? Die Proteste – Demonstrationen, Streiks, gewaltsame Auseinandersetzungen – sind nur aus der damals jüngsten Geschichte von DDR und BRD zu erklären.

Am 9. Mai 1945 hatte das faschistische Deutschland zwar bedingungslos vor der Anti-Hitlerkoalition (Großbritannien, USA, Sowjetunion) kapituliert; aber einen Friedensvertrag seitens dieser Staaten mit Deutschland gab es bis 1952 nicht, gibt es bis heute nicht.

Die Sowjetunion hatte mehrere vergebliche Versuche gestartet. Die Antwort der Westmächte war eine immer stärkere militärische Einbindung der BRD, so im Februar 1952 auf der NATO-Ratstagung in Lissabon,

wo die Sollstärke der EVG-Kontingente (Europäische Verteidigungsgemeinschaft) festgelegt wurde: für die BRD 14 aktive Divisionen. Daraufhin legte die SU den Westmächten einen Entwurf über die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland vor. Inhalt: „Wiederherstellung Deutschlands als einheitlicher Staat, Abzug aller Besatzungstruppen binnen Jahresfrist nach Inkrafttreten des Vertrages, keine Beteiligung Deutschlands an Militärbündnissen, Aufstellung begrenzter nationaler Streitkräfte, keinerlei Beschränkungen der nationalen Friedenswirtschaft, Festlegung der deutschen Grenzen entsprechend dem Potsdamer Abkommen“. Drei Tage später lehnten die Westmächte den Vorschlag ab. Hallstein vom Auswärtigen Amt forderte: Integration Europas bis zum Ural, Adenauer setzte als Ziel die „Neuordnung in Osteuropa“, die Westmächte wollten erst gesamtdeutsche Wahlen.

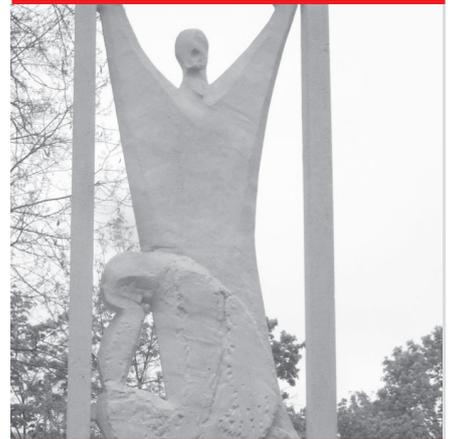
Welches Ziel hinter diesen Forderungen steckt, kann jeder erkennen.

Die SU griff den Vorschlag gesamtdeutscher Wahlen auf und schlug diese unter Kontrolle einer Kommission der Besatzungsmächte vor. Die Westmächte lehnten ab. Am 27. Mai 1952 wurde

*Fortsetzung auf Seite 2*

### Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des BilderRätsels der letzten Ausgabe

**Seite 5**

### Zitiert ...

„Es gibt immer ein Stückchen Welt, dass man verbessern kann - sich selbst.“

*Gabriel Marcel (1889-1973)*

**DIE LINKE.**

*Fortsetzung von Seite 1*

in Paris der Vertrag über die EVG geschlossen, unter Einbeziehung des westdeutschen Kontingents. „Nach der Wiedervereinigung soll das ganze Deutschland einbezogen werden.“

Nun wurden in Absprache mit der SU der weitere Aufbau in der DDR und auch ihre militärische Sicherung vorangetrieben. Die 2. Parteikonferenz 1952 beschloss den planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus, der von den Vorständen von CDU, LDPD, NDPD und DBD begrüßt wurde.

Diese Beschlüsse verlangten den vorrangigen Aufbau der Schwerindustrie, die im Osten Deutschlands bis 1945 so gut wie nicht vorhanden war. Dadurch wurden andere Industriezweige vernachlässigt, was zu Engpässen bei der Versorgung der Bevölkerung führte. Die zusätzlichen Ausgaben für die militärische Sicherheit, die hohen Reparationsleistungen an die SU (von der BRD nie gezahlt) überforderten die Wirtschaft. Die durch die Bodenreform entstandenen Kleinwirtschaften lieferten weniger Nahrungsmittel als die eingespielte Großraumbwirtschaft der Gutsbesitzer und Junker vorher. Maschinenmangel kam hinzu.

In dieser Situation fasste die SED-Führung im Frühjahr 1953 den Beschluss, die Arbeitsnormen in den VEB (Volkseigenen Betrieben) zu erhöhen, die Abgaben von Mittelbauern heraufzusetzen und einige unpopuläre Maßnahmen, besonders gegen die Mittelschicht, durchzusetzen. Das führte zu Lohnkürzungen bei Arbeitern und zunehmender Unzufriedenheit von Mittelschichten.

Am 11. Juni 1953 schätzte die SED-Führung selbstkritisch ein, dass sie den Bogen überspannt hatte, und nahm unter der Losung „Neuer Kurs“ einige Maßnahmen wie Preiserhöhungen sowie Maßnahmen gegen Mittelständler und Mittelbauern sowie gegen die Junge Gemeinde zurück. Die Rücknahme der Normerhöhungen spielte anfangs noch keine Rolle, was die Unzufriedenheit besonders bei Bauarbeitern und in den VEB erhöhte. Erst am 16. Juni 1953 wurden die Normerhöhungen zurückgenommen.

Es zeigte sich, wie kompliziert der Aufbau einer völlig neuen Gesellschaft in Deutschland war.

Die Maßnahmen vom 16. Juni wurden in den Betrieben nicht bekannt. Streiks, Demonstrationen waren die Folge, die SU setzte nach Verkündung des Ausnahmezustands in 167 von 217 Landkreisen Panzer zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung ein, ohne dass von diesen ein Schuss fiel.

Seit 15.06.1953 berichtete der RIAS über die Protestbewegung und sorgte so für eine „Nachrichtenfülle“. Durch den Ausnahmezustand an den Brennpunkten der Ereignisse wurde großes Blutvergießen verhindert, dennoch gab es 55 Tote. Die Ereignisse entwickelten sich regional unterschiedlich, es gab keinen einheitlichen „Aufstandsplan“. Erstürmt wurden lt. Wikipedia 11 Kreisratsgebäude, 14 Bürgermeistereien, 7 Kreisleitungen und 1 Bezirksleitung der SED, 9 Gefängnisse und 2 Dienstgebäude des MfS, 8 Polizeireviere, 4 VPKA, 1 Dienststelle der BDVP. In Gera wurden Häftlinge befreit, auch solche, die wegen Nazi- und Kriegsverbrechen einsaßen.

Die am 17. Juni um 14.00 Uhr abgegebene Erklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl, die Ereignisse

seien das „Werk von Provokateuren und faschistischen Agenten“, berücksichtigte nicht die inneren Ursachen der DDR-Politik.

Dass äußere „Einflüsse“ eine nicht geringe Rolle gespielt haben, leugnen auch Politiker der alten BRD nicht. Bei Wikipedia ist zu lesen: „Allerdings hätte der Aufstand ohne äußere Einflüsse nach Ansicht einiger Historiker so nicht stattfinden können.“

Egon Bahr behauptet: „Gerade weil es keine Organisation gegeben hatte, war unbestreitbar: Der RIAS war, ohne es zu wollen, zum Katalysator des Aufstandes geworden. Ohne den RIAS hätte es den Aufstand so nicht gegeben.“ – Ohne es zu wollen? Dazu war der RIAS doch installiert worden, Unruhe unter der DDR-Bevölkerung zu schüren!

Die alte BRD „feierte“ von 1954 bis 1990 den 17. Juni als „Tag der deutschen Einheit“, seit 1990 gilt der 3. Oktober als dieser Tag, der 17. Juni rückte in den Hintergrund.

Wer sich genauer mit den Ereignissen von 1953 befassen will, findet genügend Fakten bei Hans Bentzien: „Was geschah am 17. Juni?“ (3. überarbeitete und ergänzte Auflage 2013) und im Roman von Stefan Heym: „5 Tage im Juni“.

*Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal*

## Bücherverbrennung 1933

Am 14.05.2013 hat die Volkshochschule eine eindrucksvolle Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag der Bücherverbrennung unter dem Motto: „Die Macht des Wortes“ durchgeführt – die MAZ berichtete darüber.

Ich habe an der Veranstaltung teilgenommen und war emotional bewegt, wie es den Mitgliedern der Theatergruppe „Buntspecht“ gelungen ist, die damalige Atmosphäre darzustellen.

Durch die einleitenden Worte der Leiterin der VHS erfuhr ich, dass auch in Luckenwalde am 7.

April 1933 auf dem Marktplatz Bücher verbrannt worden sind.

Was mich schon bei der Ehrung für Ernst Kloß gestört hat, geschah auch bei dieser Veranstaltung: Nur eine kleine Anzeige in der MAZ verwies darauf. Offiziell hat die Stadt auf dieses furchtbare, menschenverachtende Ereignis nicht hingewiesen. Anders die Stadt Frankfurt/M., dort wurde sogar am Ort des Geschehens eine Gedenkplatte auf dem Frankfurter Römerberg in den Boden gelassen. Vielleicht wäre das ein Nachdenken wert.

*Annelore Müller*

Gedenken - und immer wieder Gedenken!

## Alternative Energien

### Zeitweise Unterschutzstellung der Wierachteiche - Zossener Heide

Wir LINKEN haben uns programmatisch für die Energiewende ausgesprochen und das schon, bevor sich die Bundesregierung dazu bekennen musste. Energiewende bedeutet eine Umstellung auf eine alternative Energieerzeugung, weg vom Atomstrom, weg von der Verbrennung fossiler Rohstoffe wie Öl und Kohle. Eine solche Umstellung benötigt natürlich eine Übergangszeit.

Vor allem bedeutet die Energiewende die Akzeptanz der Bevölkerung, die weitgehende Übereinstimmung mit allen Facetten des Umwelt- und Naturschutzes sowie die Erhöhung der Effektivität des Energieverbrauches, die allein bis zu 30 Prozent Einsparung des Energieverbrauches ausmachen könnte. Es zeugt nicht von Nachhaltigkeit, wenn z. B. Biomasse zu den überdimensionierten Biogasanlagen weither herangefahren werden muss, Windkraftanlagen zu nah an Wohnbauten errichtet werden, zu hoher Flächenverbrauch verursacht wird sowie andere nicht nachhaltige Verfahren und Projekte. Hierin liegt das eigentliche Problem. Infolge Rechtsunsicherheit, politischen Unvermögens und kommunaler Kurzsichtigkeit erwächst oft Wildwuchs von alternativen Energieanlagen. Dabei sind sie aber wenig effektiv und nachhaltig, um die konventionellen Energieanlagen ablösen zu können. Oft fehlt es dann aber berechtigterweise an der Akzeptanz der Bevölkerung. Es hat sich inzwischen eine Widerspruchskultur herausgebildet, die auch nicht immer sachlich ist. Wenn man näher die Ursachen solcher Konflikte analysiert, dann stellt sich heraus, dass zuallererst die Interessen der Betreiber im Vordergrund stehen und nicht die Belange von Natur, Umwelt und der Lebensqualität der Menschen.

Ein solcher Konflikt wird bei den geplanten Windkraftanlagen auf dem Territorium des Naturschutzgebietes Wierachteiche - Zossener Heide (NG) deutlich. Zwischen Zossen und Kallinchen hat sich u. a. aus einer

ehemaligen Militär-Liegenschaft ein wertvolles Kleinod von Flora und Fauna entwickelt. Schon bald gründeten sich touristische Unternehmungen, Strukturen als Naherholungsgebiete, ein Golfplatz, Pferdepensionen u. a.. Eine Vielzahl von neuen Arbeitsplätzen entstand.

Da es in neuester Zeit möglich erscheint, in Waldgebieten Windkraftanlagen zu errichten, plante der Waldbesitzer, solche Anlagen in einem vorgesehenen NG zu bauen.



Die Planungsunternehmen griffen dieses Vorhaben auf. Die vorgesehenen Windkraftanlagen würden aber alle Aktivitäten der bisherigen Investitionen für Tourismus und Erholung infrage stellen. Gleichzeitig gab es Bestrebungen des Landes und unseres Kreises, dieses Gebiet als Landschaftsschutzgebiet zu deklarieren. Unserem Kreis wurde die Befugnis übertragen, die Entscheidung über die Unterschutzstellung zu treffen. Um das NG unter Schutz stellen zu können, müssen natürlich die entsprechenden Gutachten eingeholt werden. Die Windkraftanlagenbetreiber und Eigentümer der Flächen reagierten sehr schnell und holten ein eigenes Gutachten über die Qualität des Gebietes zwischen Zossen und Kallinchen ein. Dieses Gutachten war vordergründig ein Gefälligkeitsgutachten und so

verfasst, dass von einem wertvollen Naturschutzgebiet keine Rede sein konnte. Im Laufe der Zeit wurden in den Waldgebieten z. B. asphaltierte Waldwege gebaut, die als Forststraßen deklariert waren, aber natürlich als Baustraßen genutzt werden könnten. Andere Anzeichen von Aktivitäten seitens des Waldbesitzers zeugten nicht von vertrauensbildenden Maßnahmen, den Status quo zunächst einzuhalten, bis amtliche Gutachten die Schutzwürdigkeit als NG bestätigen (oder auch nicht).

Rechtzeitig erkannten die Bürger die Gefahr, dass die wertvolle Naturlandschaft unwiederbringlich gestört werden könnte. Es wurde eine Bürgerinitiative gegründet, die sehr aktiv wurde. Ihre Argumente richteten sich nicht gegen eine alternative Stromerzeugung an sich, sondern gegen diesen Standort.

Brandenburg ist im gesamten Bundesgebiet Vorreiter von installierten Windkraftanlagen. Es gibt auch in Brandenburg noch genügend potenzielle Gebiete für solche Investitionen, deren Abstand zu Wohnanlagen genügend groß ist (anzustreben ist ein Abstand von 1.500 Metern, aber auf keinen Fall unter einem Kilometer). Dieses NG benötigt das Land nicht, um seine Ziele beim Windstrom zu erreichen. Im NG gibt es seltene Pflanzen und Tiere und vor allem die touristische Infrastruktur und Gewerbe sind zu gut entwickelt.

Die Kreistagsabgeordneten waren mehrheitlich davon überzeugt, dass während einer zeitweiligen Unterschutzstellung der Wierachteiche - Zossener Heide bis zum Vorliegen der amtlichen Gutachten garantiert keine Aktivitäten erfolgen dürfen, die einer Unterschutzstellung zuwiderlaufen könnten. Von den Befürwortern der Windkraftanlagen im NG wurde massiver Widerstand und Beeinflussung deutlich. Die Kreistagsabgeordneten stimmten dennoch mehrheitlich für eine einstweilige Unterschutzstellung.

*Dr. Rudolf Haase, Luckenwalde*

# EINE VON UNS

Im Gespräch mit Tina Senst

**Tina:** *Annelore, Du bist eine aktive Genossin im Luckenwalder Stadtverband. Viele Genossen aus dem Kreisverband hören Deine Stimme, wenn sie in der Kreisgeschäftsstelle anrufen. Erzähle uns doch bitte etwas über den Menschen am anderen Ende der Leitung.*

**Annelore:** Ich bin 1933 in Leipzig geboren. Meine Schulzeit habe ich 1952 mit dem Abitur abgeschlossen. Anschließend studierte ich bis 1956 an der Humboldt-Uni in Berlin Rechtswissenschaft, danach war ich in verschiedenen Orten und Funktionen in der Justiz und Wirtschaft tätig. 1979 wurde ich dann als Direktor ans Kreisgericht Luckenwalde versetzt, wo ich bis zur Wende gearbeitet habe. Ich habe drei erwachsene Kinder, sechs Enkel und zwei Urenkel.

Ich stamme aus einer antifaschistischen Arbeiterfamilie. Drei Angehörige wurden von Nazis verfolgt und eingesperrt, darunter mein Vater, den ich daher erst 1939 kurz kennenlernte, da er dann im Krieg bei der berüchtigten Strafkompagnie 999 war. Überwiegend wuchs ich bei meinen Großeltern auf – richtiges Familienleben lernte ich erst nach 1945 kennen. Von 1945 bis 1950 wechselten wir sehr oft den Wohnsitz und ich somit sehr oft die Schule, da mein Vater Parteiarbeiter war. So feierte ich beispielsweise meine Jugendweihe 1948 in Bad Schandau – meinen Schulabschluss erlebte ich wenige Monate später in Leipzig. Die Richterschule in Bad Schandau prägte meinen Berufswunsch für die Justiz.

**Tina:** *In dieser Zeit war es für einen interessierten Menschen ja fast unmöglich, unpolitisch zu bleiben. Wie und warum hat sich Dein Interesse an Politik entwickelt?*

**Annelore:** Linkes Denken ist in meiner Familie bei allen typisch gewesen. Durch die Arbeit meines Vaters habe ich seit 1945 am politischen Leben meiner Eltern teilgenommen. Ich



**Annelore Müller**

kannte die Freunde meiner Eltern und deren Kinder. Es waren nur Genossen – wie meine Verwandten, mit denen wir Kontakt hatten.

(Ab 1946 Kinderlandbewegung, 1948 FDJ, ab 1949 Parteimitglied) Ich würde die Partei als meine 2. Familie bezeichnen – eigentlich gehört sie zur Familie.

**Tina:** *Sozialpolitisches Engagement liegt Dir sozusagen im Blut. Das ist heute noch so?!*

**Annelore:** Ja, ganz klar. Ich brauche immer Menschen um mich, daher

## Seniorentreff in Felgentreu

Am 23. Mai 2013 trafen sich die Senioren vom Stadtverband Luckenwalde und der BO Nuthe-Urstromtal im Naturhaus Felgentreu. Herr Broneske, Leiter des Hauses, gab uns einen guten Einblick in die Geschichte des Hauses. Er konnte uns gut vermitteln, wieviel Arbeit, Zeit und Liebe investiert worden sind, um aus einer Ruine ein so repräsentatives Objekt entstehen zu lassen. Für diese Arbeit wurde er von der Gemeinde Nuthe-Urstromtal geehrt. Alle 31 Senioren lauschten gebannt seinen Ausführungen und besichtigten die Ausstel-

auch gesellschaftliche Aktivitäten. Ich habe Freude an der Arbeit im Stadtverband, mit unseren Senioren, im Selbsthilfeverband für Osteoporose, in meinem Garten. Nur der Literaturkreis des Heimatvereins ist leider nicht mehr aktiv.

**Tina:** *Die Gesellschaft hat sich verändert seit 1989. Wie fühlt sich das für Dich an?*

**Annelore:** Mir fehlt das Miteinander aus DDR-Zeiten. Mich stört die Ellenbogengesellschaft, die soziale Ungleichheit, die soziale Kälte – dass die Nazis so aktiv sein können. Der Optimismus und die Direktheit, die mir offensichtlich anezogen bzw. vorgelebt wurden, sind heute selten geworden.

Die Wende selbst musste ich erst verkraften. Für mich war die DDR meine Heimat. Ich konnte und wollte nicht so tun, als sei alles umsonst gewesen und jetzt fängt erst ein glückliches Leben an. Es ging mir nicht darum, Fehler zu beschönigen oder Missstände zu vertuschen. Für mich zählte der Versuch nach 1945, eine antifaschistische, sozialistische, demokratische Gesellschaft aufzubauen, die in Frieden mit den anderen Völkern der Erde leben will. <

lungen. Anschließend tauschten wir in gemütlicher Runde bei Kaffee und selbstgebackenem Kuchen unsere Gedanken aus. Viele fleißige Hände waren wieder am Werk, um diesen Nachmittag in schöner Atmosphäre zu gestalten. Die Teilnehmer waren sich einig, dass diese Treffen den Zusammenhalt stärken, da viele aus Alters- und Gesundheitsgründen sonst nicht oder selten am Parteileben teilnehmen können. Von allen wurde der Vorschlag begrüßt, am 15. August 2013 einen Grillnachmittag durchzuführen.

*Die Redaktion*

## Marx is Muss - Linksaktiv auch

Vom 09.05. - 12.05.2013 fand im neuen-deutschland-Haus in Berlin der „Marx Is Muss“-Kongress 2013 mit über 500 Besuchern statt. Dieser Kongress wird jedes Jahr vom sozialistischen Netzwerk Marx21 veranstaltet und von vielen Mitgliedern der LINKEN mit Rede- und Seminarbeiträgen unterstützt. Als Redner von DIE LINKE waren u.a. Bernd Riexinger, Christine Buchholz (MdB), Nicole Gohlke (MdB) und Janine Wissler (MdL Hessen) vertreten.

In den Seminaren und Podiumsdiskussionen ging es sowohl um theoretische als auch praktische Themen linker Politik.

Ich hatte die Gelegenheit, dieses Jahr an allen vier Tagen des Kongresses teilzunehmen und daher viele Seminare besuchen zu können. An dieser Stelle möchte ich über einzelne Veranstaltungen berichten

### Kommunalpolitik

Im Bereich Kommunalpolitik ging es um linke Politik innerhalb der Kommunen, den eingeschränkten Handlungsspielraum für Projekte auf Grund der finanziellen Situation von Kommunen und die Schuldenbremse. Es bestand eine einheitlich ablehnende Meinung gegenüber ÖPP-Projekten (Öffentlich-private Partnerschaften), da diese zwar nicht direkt und sofort den Haushalt belasten, aber über viele Jahre hinweg. Zudem sind sie meist teuer, da der privatwirtschaftliche ÖPP-Partner natürlich auch seinen Teil verdienen möchte. Es war eine sehr

gute Gelegenheit, Berichte über die aktuelle Situation der Kommunen in anderen Bundesländern zu erhalten.

### Linksaktiv

Unser Genosse Tim Herudek stellte im Seminar „Linke Wahlkampagnen einmal anders“ das Projekt Linksaktiv vor. In diesem Projekt geht es um den Aufbau einer bundesweiten



Bernd Riexinger im Haus des nd

Datenbank mit Mitgliedern und Sympathisanten, welche bereit sind, aktiv den Bundestagswahlkampf 2013 zu unterstützen. Er hob dabei hervor (nach der Rückfrage eines Genossen aus NRW), dass diese Struktur keine Parallelstruktur zu den bestehenden Wahlkampfstrukturen vor Ort ist, sondern Linksaktiv von diesen genutzt werden und diese unterstützen soll, um die bestehenden Strukturen zu stärken.

Des Weiteren sollen die Unterstützer vor Ort auch über die Bundestagswahl hinaus in die Aktivitäten

der Partei integriert werden, um diese zu stärken und aufzubauen. Als ersten Schritt für die örtlichen Wahlkampfstrukturen nannte Tim die Wahl eines „Linksaktiv-Vertreters“, welcher sich mit Linksaktiv in Kontakt setzt, um die nächsten Schritte planen zu können. Mehr Informationen und die Registrierung zu Linksaktiv: [www.linksaktiv2013.de](http://www.linksaktiv2013.de)

### „Wahl- und Klassenkampf 2013“

Bei der Abschlussveranstaltung „Wahlkampf und Klassenkampf 2013“ hob Bernd Riexinger hervor, dass es aktuell relativ schwierig ist, linke Themen über die Medien an die Bevölkerung zu bringen. Um nur eine Zahl zu nennen: DIE LINKE ist mit 12% im Bundestag, ist in den Medien aber nur mit 2% vertreten. Aufgabe einer linken Partei muss es deshalb sein, Aufklärungsarbeit auch ohne die klassischen Medien zu leisten, sowohl für DIE LINKE im Wahlkampf als auch über politische Positionen über den Wahlkampf hinaus. Des Weiteren muss die Partei mit dem Bundestagswahlkampf langfristig in ihren Strukturen gestärkt werden.

Es waren vier sehr interessante und lehrreiche Tage. Leider habe ich nur fünf weitere GenossInnen aus Brandenburg getroffen, aber ich denke, nächstes Jahr werde ich weitere antreffen. Denn da werde ich auf jeden Fall wieder dabei sein, wenn es heißt:

**Marx Is Muss.**

*Foto und Text  
Sascha Loy, Zossen*

## Auflösung BilderRätsel



Das Schloss Blankensee ist ein Herrenhaus im Baustil des märkischen Barock im Naturpark Nuthe-Nieplitz. Der Schlosspark, ursprünglich entworfen von Peter-Joseph Lenné, ist ein kunsthistorisches Kleinod. Der Schriftsteller Herrmann Sudermann, der das

Schloß 1902 erwarb, stattete den Park mit zahlreichen Skulpturen und Büsten aus, die er von seinen Reisen mitbrachte.

Der Naturpark Nuthe-Nieplitz ist eine stille, malerische Kulturlandschaft, die während der Weichsel-Eiszeit entstand. <

## Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

von Maritta Böttcher

### Herr Steinmeier, worauf sind Sie bitte stolz?

„Wir wollten das Land zum Besseren verändern, aber dass der Plan aufgehen würde, war nicht garantiert“, rückblickend auf zehn Jahre Agenda 2010 ist Frank-Walter Steinmeier stolz auf seine Partei. Hartz IV, Kinderarmut, Leiharbeit, Niedriglohnsektor, Schwächung der Gewerkschaften, Rentenkürzungen, Steuergeschenke für Reiche und Konzerne, Praxisgebühr und Zwei-Klassen-Medizin: Herr Steinmeier, suchen Sie sich etwas aus. Worauf sind Sie bitte stolz?

Zu den Mythen über den angeblichen Erfolg der Reformen von Schröder und Fischer gehören u.a., dass es erstens heute mehr Beschäftigung und zweitens mehr sozialversicherungspflichtige Arbeit gäbe. Drittens sei aufgrund der Zusammenlegung von Arbeits- und Sozialhilfe eine bessere Situation für Erwerbslose geschaffen worden. Viertens habe die Agenda-Politik die Sozialsysteme - insbesondere die Kranken- und Rentenversicherung - erfolgreich reformiert und „zukunftssicher“ gemacht.

Letztlich sei diese Politik alternativlos gewesen: Deutschland stünde heute in einer Reihe mit europäischen Krisenstaaten wie Italien und Spanien, wenn es die Agenda 2010 nicht gegeben hätte. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sei gelungen. Verschwiegen wird, dass SPD und Grüne gemeinsam mit Union und FDP beide Systeme auf das schon damals mickrige Niveau der Sozialhilfe zusammenführten. Die Folge: Erwerbslosigkeit bedeutet heute fast automatisch den sozialen Abstieg in die Armut. Nichts hätte dagegen gesprochen, Arbeitslosen- und Sozialhilfe wenigstens auf das damalige Niveau der Arbeitslosenhilfe zu setzen. Nein, Schröder wollte „Anreize“ zur Arbeitsaufnahme schaffen. Mit Armut Anreize schaffen - wie zynisch! Und der Mindestlohn? Hat die SPD lediglich versäumt, ihn vor zehn Jahren einzuführen? Nein, es

war kein Versäumnis. Der Mindestlohn passte einfach nicht zur neoliberalen Philosophie der Agenda 2010. Schröder sagte 2005 in Davos: „Wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren, den es in Europa gibt.“ Mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes wäre ihm das mit Sicherheit nicht gelungen.

### Rüstungsabenteuer zulasten der Steuerzahler

500 Millionen Euro Steuergelder ließ sich die Bundesregierung die Entwicklung einer Drohne kosten, die nie abheben wird.

Die Riesendrohne „Euro Hawk“ muss wohl am Boden bleiben. Das ist gut. DIE LINKE lehnt den Einsatz von Militärdrohnen ab. Dass eine Bundesregierung aber einfach mal eine halbe Milliarde Euro in den Sand setzt, ist ein Skandal.

Es ist zudem ein Affront für all diejenigen, die tagtäglich mit Kürzungen im sozialen oder kulturellen Bereich konfrontiert sind, weil angeblich gespart werden müsse. Richtig wäre es gewesen, von Anfang an auf dieses Rüstungsabenteuer zu verzichten. Mit dieser grandiosen Fehlinvestition ist der nächste Ministerwechsel im Kabinett Merkel fällig. Herr de Maizière, es sind schon Minister für sehr viel weniger zurückgetreten!

### Gregor Gysi zum nationalen Bildungsbericht der Bundesregierung

„... Übrigens hat die Studie noch ergeben, dass das Faktenwissen der bayerischen Abiturienten größer ist als das der Berliner... . Andererseits ist auch festgestellt worden, dass die Berliner Abiturienten Zusammenhänge besser erklären können. Nun frage ich Sie: Was ist eigentlich so schlimm daran?

Die bayerischen Abiturienten wissen genauer, wer wann geboren und gestorben ist, und die Berliner, warum. Warum darf man das eigentlich nicht zusammenführen? Ich verstehe es



nicht.

Dann sage ich Ihnen noch etwas zur Gemeinschaftsschule. Es gibt wahrscheinlich mehrere Abgeordnete im Bundestag, die eine Gemeinschaftsschule besucht haben, aber zumindest von zwei Abgeordneten weiß ich es. Das sind Angela Merkel und Gregor Gysi. Wir beide haben eine Gemeinschaftsschule besucht. Glauben Sie im Ernst, dass wir beide die Dümmeren im Bundestag sind? Das kann sein, aber ich habe meine Zweifel. Ich will nur sagen: Gemeinschaftsschulen sind sinnvoll. Alles andere ist soziale Ausgrenzung. Wir müssen jede Begabung fördern. Das haben die Kinder verdient, und das haben wir verdient. Kinder können nichts dafür, wenn ihre Eltern Hartz-IV-Empfängerinnen und -empfänger sind. Kinder dürfen nach der vierten oder sechsten Klasse nicht aussortiert werden. Ich finde das abenteuerlich. Lassen Sie uns endlich ein wirklich modernes Bildungssystem in Deutschland einführen, und zwar für alle Kinder.“, so Gregor Gysi.

Eine gut ausgestattete „Schule für alle“ bedeutet: Beendigung der sozialen Auslese im Schulsystem, bessere Förderung der Fähigkeiten jedes Einzelnen, bessere Chancen auf gute Bildung für Kinder von Migranten, Einbeziehung von Kindern mit Behinderung - eine „Schule für alle“ ist leistungsfähiger, weil sie alle stärker macht und demokratischer, weil sie unabhängig vom Geldbeutel mehr Bildung für alle ermöglicht. <

## Für soziale Gerechtigkeit und eine gesicherte Zukunft für alle

### Das 23. Familienfest der LINKEN in Luckenwalde

Auch unser diesjähriges Familienfest auf dem Boulevard in Luckenwalde war wieder ein voller Erfolg, um den uns andere Parteien sicher nicht nur wegen des schönen Wetters beneiden. In diesem Jahr bereits zum 23. Mal durchgeführt, hat es nunmehr eine lange Tradition, was sich auch in der regen Beteiligung widerspiegelte. Für die Luckenwalder und ihre Gäste ist dieser Termin bereits eine feste Größe.

Eine soziale, gerechte Gesellschaft mit gut bezahlter Arbeit für alle, sichere, auskömmliche Renten sowie gute Lebensbedingungen und Bildungschancen für alle Kinder standen im Mittelpunkt der Eröffnungsrede von Konni Wehlan sowie der Beiträge von Diana Golze und unserem Wahlkreis-kandidaten für den Bundestag, Steffen Kühne.

Bereits eine halbe Stunde vor Beginn waren alle Plätze vor der Tribüne besetzt. Mit uns feierten unter anderem auch wieder die Gewerkschaften, die Volkssolidarität und das DRK, die

an ihren Ständen Themen, die auch unsere Partei umtreibt, mit den Besuchern diskutierten.

Großen Zuspruch fanden auch in diesem Jahr wieder unser Bücherstand, die Tombola, deren Lose bereits nach 45 Minuten ausverkauft waren, und natürlich unser Kuchenstand, vor dem sich lange Schlangen bildeten. Darüber hinaus sorgten die Mitarbeiter der Gaststätte „Eckbusch“ wieder für das leibliche Wohl der Besucher. Der Erlös der Tombola wurde in diesem Jahr an den Lebenshilfe-Verein in Blankenfelde gespendet.

Nicht zuletzt wollen wir auch all den fleißigen Helfern danken, deren Arbeit bei der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung für den Erfolg gesorgt hat.

Fazit: Eine rundum gelungene Veranstaltung, die das Ansehen der LINKEN in der Luckenwalder Bevölkerung weiter festigt. Unser Familienfest braucht einen Vergleich mit den Feierlichkeiten unserer Landespartei zum 1. Mai in Potsdam nicht zu scheuen.

*Peter Gehrman, Luckenwalde*

### Frühschoppen in Mahlow

Auch in diesem Jahr organisierte die BO Mahlow den traditionellen Frühschoppen anlässlich des 1. Mai.

Es waren rund 60 Genossen, Sympathisanten aus Mahlow, Berlin und Blankenfelde mit Ehepartnern erschienen.

Frau Dr. Nobis und der Ortsvorsteher von Mahlow, Herr Manfred Claus, beide Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE in der Gemeindevertretung Blankenfelde-Mahlow, standen Rede und Antwort auf Fragen der Anwesenden.

Bei einem Bier, Saft oder anderen Getränken wurde auch über die vergangenen Zeiten gesprochen.

Einhellig wurde der Wunsch geäußert, auch im nächsten Jahr die Tradition anlässlich des 1. Mai fortzusetzen.

Die Basisorganisation Mahlow möchte sich besonders bei den Sponsoren und bei Familie Kutzner für tatkräftige Unterstützung bedanken.

*Detlev Schiemann, Mahlow*

### Der 1. Mai in Jüterbog

Mit dem Gedenken an die Opfer des Faschismus und Kranzniederlegungen am Denkmal in der Schillerstraße und an der Gedenktafel am Rathaus starteten DIE LINKE und die SPD gemeinsam den 1. Mai in Jüterbog. Zum gemeinsamen politischen Frühschoppen hatte in diesem Jahr der SPD-Ortsverein Jüterbog eingeladen. Am Nachmittag fanden sich viele Jüterboger Stadtverordnete beider Parteien und weitere Mitglieder zum Gartenfest und zu einer Diskussionsveranstaltung zur Zukunft der Jugendfreizeiteinrichtungen im Jugendclub Jüterbog II ein. Unter ihnen auch die Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Jüterbog, Gabriele Dehn, und der Vorsitzende des Regionalverbandes DIE LINKE Teltow-Fläming Süd, Klaus Pollmann.

*Petra Haase, Jüterbog*

### Spende übergeben



Alexander Fröhlich und Wilma Vent

Auf dem diesjährigen Luckenwalder Familienfest am 1. Mai wurde - wie in jedem Jahr - die beliebte Tombola durchgeführt. Der Erlös wurde diesmal

an den Verein „Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Blankenfelde und nördlicher Teltow-Fläming e.V.“ übergeben, der sich 1990 in Blankenfelde gegründet hatte.

Frau Wilma Vent, Leiterin des Vereins, teilte mit, dass das Geld für einen Ausflug geistig, körperlich und mehrfach behinderter Kinder und Jugendlicher in den Wildpark Johannismühle während der Sommerferien 2013 eingesetzt werden soll.

Wir wünschen den Kindern und Betreuern einen erlebnisreichen Tag bei strahlendem Sonnenschein.

*Alexander Fröhlich,  
Blankenfelde*

## In ehrendem Gedenken

### Blankenfelde

Wie in jedem Jahr wurde anlässlich des Tages der Befreiung vom Hitlerfaschismus am 8. Mai auf dem Blankenfelder Friedhof der gefallenen Sowjetsoldaten und der deutschen Soldaten gedacht. Alexander Fröhlich (DIE LINKE, Referent des Bürgermeisters) verdeutlichte am Ehrenfriedhof für die gefallenen sowjetischen Soldaten die Lehre der Geschichte, wie aus einstigen sich feindlich gegenüberstehenden Ländern Freunde wurden, wie wichtig und erfolgreich ein friedliches Miteinander ist.

An der Gedenkstätte für gefallene deutsche Soldaten führte Werner Langklotz (Bundeswehrverband) die Sinnlosigkeit von Kriegen vor Augen, dass schon wieder deutsche Soldaten in Kriegen sterben, und er forderte, dass Konflikte auf friedlichem Wege gelöst werden müssen. Einer guten Tradition folgend, wurden aber auch die Widerstandskämpfer gegen das faschistische Regime geehrt. Am Ehrenhain für die VVN -Opfer erinnerte Regina Bomke (CDU, Gemeindevertreterin) daran, welchen Mut diese Menschen aufbrachten, sich gegen den Faschismus aufzulehnen. Sie appellierte, auch heute Courage aufzubringen, Willkür, Unmenschlichkeit und Ungerechtigkeit nicht zuzulassen.

*Helga Bock, Mahlow*

### Glasow

Auch in Glasow gedachten Genossen und Sympathisanten der LINKEN aus Mahlow und Blankenfelde, Abgeordnete der Gemeindevertretung Blankenfelde-Mahlow wie Frau Dr. Nobis, Christa Schubert und Manfred Claus (alle Fraktion DIE LINKE) sowie Frau Bomke (CDU) und der Bürgermeister von Blankenfelde-Mahlow, Herr Baier, der gefallenen sowjetischen Soldaten auf dem Ehrenfriedhof in Glasow.

In einer kurzen Ansprache des Bürgermeisters würdigte er diesen Tag als Erinnerung für alle Menschen, die

im 2. Weltkrieg ihr Leben gelassen hatten, sowie auch als Mahnung für die heutige Zeit, dass es nie wieder einen Krieg geben darf.

Anschließend wurden auf den Gräbern Blumen niedergelegt.

*Detlev Schiemann, Mahlow*

### Ludwigsfelde

In Ludwigsfelde setzten 26 Bürger, Mitglieder der LINKEN und Parteiloose, ihr Bedürfnis um, an diesem 68. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands durch Repräsentanten des Hitlerregimes den Millionen gefallener Angehöriger der alliierten Streitkräfte, besonders den Rotarmisten, die auf dem Friedhof in Ludwigsfelde beigesetzt sind, ihr Gedenken und ihre Achtung auszudrücken.



Mit großer Gewissheit waren unter den geehrten Opfern nicht nur glühende Verfechter der kommunistischen Ideen, sondern auch anderer fortschrittlicher politischer, aber auch religiöser Auffassungen. Sie einigt alle, dass sie den Faschismus und seine führenden Repräsentanten entmachten wollten. Die Initiative zur Gedenkveranstaltung ging erneut von den Angehörigen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung aus. Der Vorsitzende, Peter Dunkel, sprach aufrüttelnde, emotionale Worte des Gedenkens für die Opfer des 2. Weltkrieges und der Mahnung für uns Überlebende. Er würdigte die Opfer der alliierten Armeen, die mit der Zerschlagung des weltmachtgierigen, menschenverachtenden Hitlerfaschis-

mus ihre Heimat und das deutsche Volk von dieser Tyrannei befreien. Dunkel sagte durch Zahlen und Fakten unterlegte emotionale Worte. Er rief dazu auf, alles zu tun, dieser Politik nie wieder einen Nährboden einzuräumen, Anfängen dieser Politik energisch entgegenzutreten und die Lehren der Geschichte offensiv zu verbreiten.

Die Anwesenden verharren minutenlang in schweigendem Gedenken und legten am Ehrenmal für die Opfer ein Blumengebinde, Blumensträuße und einzelne Blumen ab.

*Bodo Schütze, Ludwigsfelde*

### Luckenwalde

In Luckenwalde wurde im Ehrenhain am Stadtpark, an der sowjetischen auf dem Waldfriedhof und auf dem Friedhof des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers Stalag IIIA anlässlich des Tages der Befreiung vom Hitlerfaschismus gedacht.

Vor 68 Jahren erlebte die Menschheit am 8. Mai 1945 die endgültige militärische Zerschlagung des deutschen Faschismus. Dieses Datum markiert den Sieg über das Regime des Hitler-Faschismus. Die faschistischen Weltherrschaftspläne wurden durch das gemeinsame Handeln der Antihitlerkoalition gestoppt.

Es waren die Angehörigen der Streitkräfte der Alliierten, vor allem die Angehörigen der sowjetischen Armee, die die Hauptlast des Krieges trugen, die diese Bedrohung auch militärisch zerschlugen. Das Wachhalten einer lebendigen Erinnerung sind wir den Opfern nicht nur an diesem Tag schuldig. Und nicht nur an diesem Tage verbindet sich damit die Pflicht zu mahnen, niemals wieder jene menschenfeindliche Ideologie aufkommen zu lassen, die all dies – nationale Überheblichkeit, Rassismus, Aggressivität nach innen und nach außen und letztlich Krieg – hervorgebracht hat.

*Manfred Thier, Luckenwalde*

## Neues aus der Stadtverordnetenversammlung

### Der Haushalt einer Kommune ist (k) ein Buch mit sieben Siegeln

Es ist Juni und es gibt in Jüterbog noch immer keinen Haushaltsplan, aber einen Kämmerer! Nur, er schafft es nicht, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, auch kein Haushaltssicherungskonzept. Der Bürgermeister gar meint, jetzt ist die „Politik“ am Zug. Da halte ich es schon doch eher mit der Kommunalverfassung und dem kommunalen Haushaltsrecht. In einer gemeinsamen Fraktionssitzung von SPD und DIE LINKE haben wir mit dem Kämmerer und seiner Stellvertreterin mehrere Stunden debattiert. Das war sehr ernüchternd, ich hoffe, für beide Seiten!

Aufgabe der Politiker ist es, den Rahmen für das Handeln der Verwaltung vorzugeben. Wenn sie einen aus-

geglichenen Haushalt fordern, dann müssen die Verwaltungsmitarbeiter diesen auch vorlegen. Natürlich ist es für eine Verwaltung ärgerlich, wenn ihre Arbeit kritisiert wird, und zweifellos ist die Erstellung des Haushalts eine Schinderei. Doch ebenso klar ist, dass ehrenamtliche Politiker nicht auf Augenhöhe mit den Verwaltungsprofis auf zwei Stellen hinterm Komma über einzelne Haushaltspositionen diskutieren können. Müssen sie auch nicht. Unser Kämmerer hat uns auf die Doppik geschult, da wird er das ja wohl noch hinkriegen. Das Defizit ist ja bereits um über die Hälfte einfach durch Nichtstun geschmolzen. Es wird erst einmal gestrichen, was in diesem Jahr durch Zeitablauf nicht mehr geht.

### Soviel du brauchst - Evangelischer Kirchentag

Mit 130.000 Teilnehmern ist der 34. Evangelische Kirchentag in diesem Jahr recht gut angenommen worden. Besonders die obige Zusage hatte es in sich. Einerseits nimm dir nur „soviel du brauchst“, damit für andere und nachfolgende Generationen noch genügend bleibt. Andererseits Sorge dafür, dass andere auch bekommen, was sie brauchen. Nächstenliebe erschöpft sich eben nicht in Almosen, sondern in der verantwortungsvollen Fürsorge für alle Menschen. Die einen sprechen dabei von Nächstenliebe, die anderen von Solidarität. Beide Worte haben das gleiche Ziel.

So stand dieser Kirchentag auch für Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Direkt vor dem offiziellen Beginn, am Nachmittag des 1. Mai, suchten die Kirchentagsverantwortlichen bei einer Brückenveranstaltung den Schulterschluss mit den Gewerkschaften. Dabei wurde betont, dass „soviel du brauchst“ sich ganz konkret auch auf Mindestlohn, existenzsichernde Einkommen für Männer und Frauen sowie Schranken gegen Lohndumping,

Tarifflicht und Niedriglohnkonkurrenz bezieht. Diese Zusammenarbeit haben auch die Gewerkschaften über die gesamte Zeit gestaltet. Dabei wurde auch besonders das dringend reformbedürftige kirchliche Arbeitsrecht kritisch angesprochen. Solche gemeinsame Verantwortung sollte in Zukunft weiter ausgebaut und verinnerlicht werden.

Drei Themenschwerpunkte ergänzten das Leitmotiv des Kirchentags: „Verantwortungsvolles Wirtschaften, Inklusion in allen Lebensbereichen und interreligiöser Dialog“. Eingeladen waren aber nicht nur evangelische, katholische, orthodoxe und andere Christen, sondern auch Muslime, Juden und Atheisten. Religionen wurden und werden immer wieder zum Gegenüber missbraucht, obwohl alle das Miteinander betonen. Wer die christliche Botschaft der Nächstenliebe ernst nimmt, muss über den eigenen Teller schauen und darf Ausgrenzungen aller Art nicht zulassen. Die von den Kirchentagsteilnehmern verabschiedeten Resolutionen sprechen für sich:



**Jüterbog**

Wir haben vorgeschlagen, dass daraus eine Prioritätenliste für 2014 wird, die auch eine gute Grundlage für den Bürgerhaushalt sein könnte.

Die Kommune hat die allererste Aufgabe, die Daseinsvorsorge zu sichern, die Menschen herzulocken, statt sie zu vertreiben. Dabei sind freiwillige Aufgaben notwendig für eine positive Stadtentwicklung. Unsere Fraktion ist dazu bereit!

*Maritta Böttcher,  
Fraktionsvorsitzende*

Menschenhandel muss bekämpft und die Opfer müssen geschützt werden; gegen Rüstungsexporte; Uranmunition ächten; Altersarmut verhindern; wir brauchen eine sozial gerechte und umweltverträgliche Energiewende; Menschenrecht auf sauberes Wasser sichern.

Der Abschlussgottesdienst brachte die sozialen und menschlichen Anliegen des Kirchentags noch mal besonders zum Ausdruck. Frieden und Gerechtigkeit haben Zukunft. Gewalt hat nicht das letzte Wort. Chancen und Ressourcen sind ungleich verteilt. Es gibt viel Armut in der Welt, aber auch hier in Deutschland: Deshalb müssen wir Teilen lernen. Ohne Geiz und Gier werden Armut und Krieg überwunden. Das achtungsvolle Zusammenleben von Religionen und Kulturen kann gelingen, wir müssen es nur wollen.

Diese Botschaften des Kirchentags sollten von den Medien verbreitet und von den Menschen verinnerlicht werden, damit alle Menschen genügend haben.

*Rainer Weigt, Klein Schulzendorf*

## Christa Wolf „Ein Tag im Jahr“

Im Jahre 1960 hat die sowjetische Zeitung „**Известия**“ die Schriftsteller der Welt aufgerufen, jeweils den 27. September des Jahres zu beschreiben. Maxim Gorki hatte 1935 unter dem Motto „Ein Tag der Welt“ damit begonnen.

Christa Wolf hat danach von 1960 bis zu ihrem Tod 2011 jeweils ihren 27. September beschrieben. Zur Begründung hat sie bei der Veröffentlichung der Jahre 1960 - 2000 dargelegt, dass sie damit wenigstens einen Tag im Jahr dem Vergessen entreißen wollte.

Ihre Aufzeichnungen sind Zeitzeugnisse, weil sie nach der Wende die Gefahr sah, dass unsere Geschichte „auf leicht handhabbare Formeln reduziert und festgelegt werde“.

Sie notierte, was sie jeweils an dem Tag „erlebt, gedacht und gefühlt“ hatte. Daran ist auch ihre eigene Ent-

wicklung erkennbar.

Die Aufzeichnungen der Jahre 2001-2011 wurden nach ihrem Tod von



ihrem Mann Gerhard Wolf herausgegeben. Christa Wolf hat ausführlich über ihre jeweilige Arbeit im Zusammenhang mit bestimmten gesellschaftlichen Ereignissen berichtet. Z.B. ihre Kontakte zu einer Brigade im Waggonwerk Ammendorf; die Auseinandersetzungen zum XX. Parteitag der KPdSU und auf dem 11. Plenum des ZK der SED.

Sie schätzte vieles in der DDR kri-

tisch ein, sah aber nie die BRD als Alternative an „... man weiß, was drüben gespielt wird und dass man da nicht hingehört“. Auch mit internationalen Konflikten wie dem Golf-Krieg u.ä. hat sie sich auseinandergesetzt. Viele nationale und internationale Ereignisse sind mir durch ihre Darlegungen wieder in Erinnerung gebracht worden. Es ist wirklich ein Buch, das ein Vergessen von Geschichte verhindert.

Liebevoll hat sie immer auch über ihre Kinder, Enkel und besonders über ihren Mann berichtet – als Basis ihres Lebens. Bedrückend sind die Aufzeichnungen der letzten Jahre, ihre erheblichen gesundheitlichen Probleme und der Gedanke an den Tod. Trotzdem hat sie bis zuletzt ihren 27. September zu beschreiben als ihre Verpflichtung angesehen und sie erfüllt.

*Annelore Müller, Luckenwalde*

## Bestrickte Friedenslokomotive auf Zossener Militärbahnhof

Eine ungewöhnliche Idee im Kampf für Frieden, gegen die fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft hatten Christa Senberg aus Zossen und Christel Krömer aus Am Mellensee. Sie riefen zum Stricken für den Frieden auf. Mit den Strickereien wurde dann eine Lokomotive eingekleidet. Auf dem Kraut- und Rübenmarkt in Zossen, der einst von attac-**t**f begründet wurde, ist Christa Senberg regelmäßig mit einem Stand gegen die Wegwerfmentalität in unserer Gesellschaft vertreten. Hier interviewte sie Dr. Rainer Reinecke, BO-Vorsitzender DIE LINKE. Zossen.

**R. R.:** *Frau Senberg, was hat Sie zu dieser Initiative bewogen?*

**C. S.:** Die Sorge zweier Großmütter um eine friedliche Zukunft für unsere Kinder und Enkelkinder.

**R. R.:** *Worin sehen Sie die Gefahren für eine friedliche Zukunft?*

**C. S.:** Unsere Gesellschaft wird in einem unerträglichen Maße militarisiert.

Die Bundeswehr betreibt Werbung ohne Ende, schleicht sich in die Schulen ein. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr werden durch alle



Die Friedenslok in Zossen

politischen Parteien mit Ausnahme der LINKEN einfach abgenickt. Dann sind da noch die enormen Rüstungsexporte der Bundesrepublik.

*(An dieser Stelle übergibt Christa Senberg mir einen Flyer der Kampagne gegen Rüstungsexporte. Informationen unter [www.aufschreiwaffenhandel.de](http://www.aufschreiwaffenhandel.de).)*

**R. R.:** *Frau Senberg, warum gerade Stricken für den Frieden?*

**C. S.:** Stricken ist schön bunt, man macht nichts kaputt und jeder kann mitmachen. Du kannst es auch Proteststricken nennen.

**R. R.:** *Weshalb wurde gerade eine Lok in Zossen bestrickt?*

**C. S.:** Die Lok steht auf einem Gleis vor dem ehemaligen Militärbahnhof der Preußischen Militäreisenbahn. Zossen und Wünsdorf waren über Jahrzehnte Militärstandorte.

**R. R.:** *Wie viele haben sich denn an der Aktion beteiligt?*

**C. S.:** Über 50 Frauen aus fast allen Bundesländern, die meisten natürlich aus Brandenburg.

**R. R.:** *Wieviele Quadratmeter müssen zusammenkommen, um eine solche Lok mit einem Strickkleid zu versehen?*

**C. S.:** Über 50 Quadratmeter. <

## Willy Scholz - ein Luckenwalder Kommunist

An Persönlichkeiten, die wegen ihres antifaschistischen Widerstandes zu Luckenwalde gehören, ist an vorderster Stelle unbedingt Willy Scholz zu nennen.

Sein Leben, Kämpfen und Sterben sind ein Beispiel dafür, dass Kommunisten dem nationalsozialistischen Terror als Erste entgegentraten und als Erste zum Opfer fielen.

Willy Scholz wurde am 22. Oktober 1889 in Luckenwalde geboren. Seine Eltern besaßen eine kleine Gaststätte, wodurch er als Jugendlicher schon Berührung mit der Hutmachergewerkschaft bekam. Seine Lehre als Polsterer und Sattler musste er aus gesundheitlichen Gründen aufgeben und er wurde danach Hutmacher.

1908 trat er dem Großdeutschen Hutmacherverband bei.

1926 übernahm er in der Hutfabrik Hermann & Co. die Funktion des Betriebsrates.

Als scharfer Kritiker des ersten Weltkrieges engagierte er sich gemeinsam mit Alex Sailer in einer Friedensgruppe. 1918 gehörte Willy Scholz zu den Mitbegründern der Ortsgruppe der USPD Luckenwalde, die 1921 geschlossen zur KPD übertrat.

Er war dort der Vorsitzende. 1924 wurde er als einziges KPD-Mitglied in Luckenwalde zum Stadtverordneten gewählt.

1928 trat Willy Scholz dem Sozialdemokratischen Wahlverein in Luckenwalde bei.

1929 wurde er auch in den Kreistag gewählt. Dort kritisierte er vehement die Sozialpolitik der SPD. Mit Bruno Hill gab er gemeinsam die Zeitschrift „Industrieproleten“ heraus.

Neben seiner Parteiarbeit engagier-

te er sich auch stark auf sportlichem Gebiet, z.B. in der Fußballmannschaft des Luckenwalder Turnvereins.

Sofort nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde er als Schutzhäftling in das KZ Oranienburg eingeliefert.

Aus gesundheitlichen Gründen wieder freigelassen, wurde er im

walde. Kommunisten, als missliebige Personengruppe eingestuft, wurden aus der Öffentlichkeit entfernt. Erst im Rahmen des URBAN-II-Projektes wurden Willy Scholz, Ernst Kloß und Arne Ertner Gedenkstätten in der Stadt gewidmet.

Am 8. Mai 2005 anlässlich des 60. Jahrestags der Befreiung wurde im Foyer des Rathauses eine Gedenktafel zum offiziellen Mahnmahl ernannt: „Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft zum ehrenden Gedenken - Die Bürger der Stadt Luckenwalde“.

Am 27. Januar 2011 wurde in der offiziellen Gedenkrede am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus herausgestellt, dass diese bewusst sehr allgemein gehaltenen Worte der Toten aller Kriege und Opfer gedacht wurde und ausdrücklich die

Nazityrannei mit der DDR-Willkür gleichgesetzt wurde.

Diese historisch unhaltbare Auslegung des Terrorismus halte ich für äußerst bedenklich, trägt diese Denkweise doch erheblich zu weiteren Verwerfungen unserer Gesellschaft bei. Die Verniedlichung der faschistischen Verbrechen lässt neonazistische Strukturen und ihre Akzeptanz in der Bevölkerung weiter erstarken.

Eine Reduzierung der DDR-Geschichte auf „Diktatur“ verunglimpft die Leistungen des Volkes bei der Gestaltung eines sozial gesicherten Lebens in einem immer unerträglicher werdenden Maße.

*Manfred Gustke,  
Luckenwalde*

### Das Lied der Moorsoldaten

<p><i>Wohin auch das Auge blicket, Moor und Heide nur ringsum. Vogelsang uns nie erquicket, Eichen stehen kahl und krumm. Wir sind die Moorsoldaten und ziehen mit dem Spaten ins Moor.</i></p>	<p><i>Heimwärts, heimwärts! Jeder sehnet sich nach Eltern, Weib und Kind. Manche Brust ein Seufzer dehnet, weil wir hier gefangen sind. Wir sind die Moorsoldaten und ziehen mit dem Spaten ins Moor.</i></p>
---	---

<p><i>Hier in dieser öden Heide ist das Lager aufgebaut, wo wir fern von jeder Freude hinter Stacheldraht verstaubt. Wir sind die Moorsoldaten und ziehen mit dem Spaten ins Moor.</i></p>	<p><i>Auf und nieder gehn die Posten, keiner, keiner kann hindurch. Flucht wird nur das Leben kosten. Vierfach ist umzäunt die Burg. Wir sind die Moorsoldaten und ziehen mit dem Spaten ins Moor.</i></p>
--	--

<p><i>Morgens ziehen die Kolonnen in das Moor zur Arbeit hin, graben bei dem Brand der Sonnen, doch zur Heimat steht ihr Sinn. Wir sind die Moorsoldaten und ziehen mit dem Spaten ins Moor.</i></p>	<p><i>Doch für uns gibt es kein Klagen. Ewig kann ´s nicht Winter sein. Einmal werden froh wir sagen: Heimat, du bist wieder mein! Dann zieh´n die Moorsoldaten nicht mehr mit dem Spaten ins Moor.</i></p>
--	---

Rahmen der „Aktion Gewitter“ in das KZ Sachsenhausen gebracht. (Häftlingsnummer 10.396). Im Januar 1945 wurde Willy Scholz nach Bergen-Belsen verlegt, wo er am 20. Februar 1945 umkam.

Ich war kurz nach der Wende 1990 zu einem Besuch in der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen. Das Credo dort war: „In Bergen-Belsen wurde nicht gemordet - in Bergen-Belsen wurde umgekommen“. Beeindruckt hat mich, dass dort korrekt das Wirken, Leiden und Sterben der Kommunisten wiedergegeben wurde. So wurde Ernst Thälmann, obwohl er nicht in Bergen-Belsen war, eine eigene Gedenktafel gewidmet.

Anders war die Situation in Lucken-

## Termine

**12.06.2013 10.00 Uhr**  
Redaktion  
Geschäftsstelle Luckenwalde

**28.06.2013 16.00 Uhr**  
Gesamtmitgliederversammlung  
Stadtverband Luckenwalde und BO  
Nuthe-Urstromtal  
„Eckbusch“ Luckenwalde

**18.06.2013 9.30 Uhr**  
Infostand  
Marktplatz Luckenwalde

**15.07.2013 19.00 Uhr**  
Kreisvorstand  
Geschäftsstelle Luckenwalde

## Dresdener Parteitag

Vom 14. bis 16. Juni 2013 findet im MARITIM, Hotel & Internationales Congress Center (ICC) in Dresden die 2. Tagung des 3. Parteitages der Partei DIE LINKE statt.

Neben den Wahlen zur Bundesschiedskommission und zur Bundesfinanzrevisionskommission wird auch das Bundestagswahlprogramm beschlossen.

„100 Prozent sozial“ ist der Leitspruch des Entwurfs des Bundestagswahlprogramms der LINKEN 2013. Abrufbar ist der Entwurf unter [www.dielinke.de/partei/leit Antrag](http://www.dielinke.de/partei/leit Antrag) oder in unserer Kreisgeschäftsstelle in Luckenwalde, 03371-632267. <

## IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 3371/632267, Fax: 63 69 36,  
14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/432691, Fax: 443033,  
14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653, Fax: 03378/510654  
Spendenkonto: 363 302 7415, BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam  
Redaktionsschluss: 15. Mai 2013, der nächsten Ausgabe: 12. Juni 2013

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming,  
V.i.S.d.P.: T. Senst, E-Mail: [info@dielinke-teltow-flaeming.de](mailto:info@dielinke-teltow-flaeming.de)

## Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und  
Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern*

Walter Weber in Schöna-Kolpien zum 84. Geburtstag am 13.06.  
Rita Schreiber in Jüterbog zum 73. Geburtstag am 14.06.  
Achim Reichardt in Rangsdorf zum 84. Geburtstag am 15.06.  
Gertraude Schenk in Luckenwalde zum 79. Geburtstag am 18.06.  
Paula Neubauer in Ludwigsfelde zum 99. Geburtstag am 19.06.  
Rudolf Schmilas in Zossen zum 88. Geburtstag am 20.06.  
Otto Fritsche in Ludwigsfelde zum 82. Geburtstag am 20.06.  
Hans-Joachim Hübener in Luckenwalde zum 78. Geburtstag am 21.06.  
Maria Scharf in Ludwigsfelde 83. Geburtstag am 02.07.  
Manfred Müller in Jüterbog zum 78. Geburtstag am 02.07.  
Ralf Köbke in Woltersdorf zum 74. Geburtstag am 02.07.  
Jörg Büschleb in Luckenwalde zum 71. Geburtstag am 02.07.  
Johannes Schmidt in Jüterbog zum 84. Geburtstag am 04.07.  
Willi Hilka in Blankenfelde zum 86. Geburtstag am 05.07.  
Wolfgang Meier in Blankenfelde zum 83. Geburtstag am 06.07.  
Ilse Krone in Luckenwalde zum 79. Geburtstag am 06.07.  
Christfried Rändel in Schlenzer zum 72. Geburtstag am 06.07.  
Helga Bock in Blankenfelde zum 72. Geburtstag am 08.07.

**Hans-Jürgen Akuloff in Luckenwalde zum 65. Geburtstag am 11.06.**  
**Ingeborg Grabow in Dahlewitz zum 80. Geburtstag am 15.06.**  
**Horst Wende in Baruth/Mark zum 75. Geburtstag am 27.06.**  
**Bernd Hillner in Jüterbog zum 75. Geburtstag am 28.06.**  
**Heinz Irrgang in Zossen zum 95. Geburtstag am 01.07.**  
**Ingeborg Kliemann in Großbeeren zum 85. Geburtstag am 09.07.**

## Fraktionsübergreifende Zusammenarbeit

### Mehr Bürgerinformation und -beteiligung ist das Ziel

Seit Monaten wird in der Gemeindevertretung Niedergörsdorf über mangelnde Bürgerbeteiligung bei großen Investitionsvorhaben in der Gemeinde Niedergörsdorf diskutiert. Unsere Fraktion hatte das Thema auf die Tagesordnung setzen lassen. Im Ergebnis hat diese Diskussion dazu geführt, dass sich eine Arbeitsgruppe zusammengefunden hat.

Diese AG arbeitet fraktionsübergreifend und hat bereits zweimal getagt. Es wurde herausgestellt, dass die umfassende Information der Bürger in den Ortsteilen ein wichtiges Betätigungsfeld ist. Die bessere Nutzung des Internets wurde herausgestellt. Darüber hinaus ist es notwendig, Investitionen langfristiger zu planen. Ziel ist es, dazu konkrete Beschlussvorlagen für die Gemeindevertretersitzung vor Beschlussfassung des Haushaltsplans 2014 zu erarbeiten. Unsere Genossen werden dazu ihren Beitrag leisten.

*Edeltraut Liese, Fraktionsvorsitzende*

# DIE LINKE.